

Verteilungsgerechtigkeit - Österreich auf dem Prüfstand

19.10.2009
Ralf Kronberger

Wifo-Studie: Umverteilung durch den Staat (1)

➤ Ergebnis:

- im internationalen Vergleich hohe Abgabenquote
- Gesamtabgaben schwach progressiv
- direkte Abgabenbelastung der Tendenz nach progressiver als zuvor
- Ausgabenseite stark progressiv

Wifo-Studie: Umverteilung durch den Staat (2)

- Wenn Darstellung der Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen, wäre Vergleich zu anderen EU-Staaten interessant
- Betrachtung der Vollzeitäquivalente würde weitere wichtige Informationen geben

➤ Lohn-/Einkommensteuer

- keine Bezugnahme auf Steuerreform 2009/2010 - Steuerpflichtige, die keine Lohnsteuer zahlen von 2,54 Mio auf 2,7 Mio gestiegen
- in Steuerreform 2000, 2004/2005 und 2009/2010 jeweils Erhöhung des Progressionsgrades -> starke Progressionswirkung der LSt/EST
- Oberstes Drittel zahlt 73% des Lohnsteueraufkommens
Unterstes Drittel zahlt 4% des Lohnsteueraufkommens
- Betrachtung der integrierten Lohn- & Einkommensteuerstatistik ergibt erst vollständigeres Bild

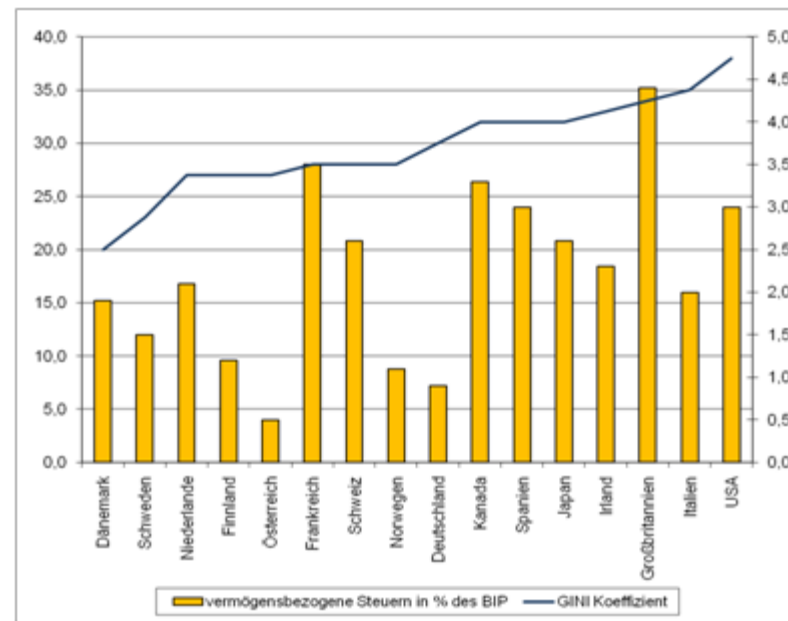
➤ indirekte Steuern

- Unterstes Drittel zahlt 19,5%
Oberstes Drittel zahlt 49,1% der indirekten Steuern
- Freiwillige Teilzeitbeschäftigung ist an sich kein Argument für eine geringere MwSt-/Verbrauchssteuerbelastung.
- Hinsichtlich der regressiven Wirkung der indirekten Steuern, sollte ein Vergleich mit Ländern wie Dänemark, Schweden, Irland, Belgien, Finnland unternommen werden, die allesamt höhere MwSt-Sätze aufweisen.

Schlussfolgerungen (1)

- relativ egalitäre Einkommensverteilung im EU-Vergleich
- Österreich hat einen relativ niedrigen Gini-Koeffizienten

Abbildung 2: Vermögensbezogene Steuern und Verteilung international



Quelle: WKO, OECD2007

Schlussfolgerungen (2)

- Trotz höherer Vermögensbesteuerung haben verschiedene Staaten, die keine Sozialsysteme nach dem skandinavischen Modell aufweisen, eine größere Ungleichheit der Verteilung. Vermögenssteuern allein sind nicht im Stande, für eine wesentlich veränderte Einkommens- bzw. Vermögensverteilung zu sorgen.
- Anteil der Steuern aus Vermögen ist in Österreich im internationalen Vergleich verhältnismäßig niedrig, aber nur wenig niedriger als in Deutschland und in den Nachbarländern

Schlussfolgerungen (3)

- Steuererhöhung ist keine Option:
 - eine dauerhafte Erhöhung der Steuern- und Abgaben um eine Milliarde Euro jährlich senkt das Bruttoinlandsprodukt langfristig um etwa 2 Mrd. Euro, 15.000 Arbeitsplätze gehen dadurch nachhaltig verloren
 - Eine 1%ige Vermögenssteuer entspräche bei einem Zinssatz von 5% derselben Belastungen wie eine 20%ige Einkommenssteuer.

Schlussfolgerungen (4)

- Steuererhöhung bzw. neue Steuern sind keine Option:
 - abzulehnende neue Vermögens(bezogene)Steuern brächten nur geringe zusätzliche Erträge
 - verfassungsrechtliche Bedenken z.B. bei abgeschaffter ErbSt
 - geringe ungleichheitsvermindernde Wirkung
 - standortschädlich

Schlussfolgerungen (5)

- Der Weg führt mittelfristig über die Rücknahme der Abgabenbelastung des Faktors selbständige und unselbständige Arbeit
- Einzig EU-Finanztransaktionssteuer einnahmenseitig als Gegenfinanzierung bzw. Konsolidierungsinstrument akzeptabel; Ausgabensenkung ist der Vorzug zu geben
- Treffsicherheit von monetären und realen Transfers muss erhöht werden, um Wohlfahrtssystem auch in Zukunft leistbar zu machen.